

Neu-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 53.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neu- und Grevenbroich

Telephon Nr. 53.

Die Neu-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeilage täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, wöchentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein-Bauernfreund“ und das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neu- und Grevenbroich 1,50 M., auswärts an der Post abgeholt 1,75 M. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —



Interate finden durch die Neu-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem lauffähigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neugepaltene Seite oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neu- u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergepaltene Reklamezeile 70 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Akademie durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neu-, Niederstraße 46.

Nr. 397.

Redaktion Jos. Brunau.

Montag, 21. Juli 1913. (Daniel. Arbog., Prax.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neu-.

40. Jahrgang.

E. Der erste Schritt zum internationalen Privatrecht.

ist nahezu unbemerkt vor einigen Wochen im deutschen Vaterlande geschehen. 30 Jahre hat es gedauert, bis wir ein einheitliches nationales Recht im V. G. B. erhalten haben; nur 12 Jahre aber dauerte es seither, bis unsere Regierung in geschickter Initiative den Anstoß zu einer internationalen Regelung des Privatrechts auf dem Gebiete des Wechselrechts gab und einen glatten Erfolg erzielte. Seit mehr als vierzig Jahren haben allerdings Handels- und Industriekreise den Gedanken verfolgt, ein einheitliches Wechselrecht für alle Kulturländer zu schaffen. Die Gründe, die dafür sprechen, sind so oft erörtert und so allgemein anerkannt, daß es genügen wird, sie hier nur kurz anzudeuten. Der Wechsel ist ein Hilfsmittel des Handels, um im Verkehr zwischen Gläubiger und Schuldner die Hindernisse zu überwinden, die in der räumlichen Entfernung und in den Währungsunterschieden begründet sind. Er vermittelt Zahlungen und Kredite, nicht nur in einem und demselben Lande, sondern auch zwischen verschiedenen Ländern, besonders aber über See, ist also seinem Wesen nach eine internationale Angelegenheit. Daraus ergibt sich, daß der Handel ein wesentliches Interesse daran hat, für den Wechsel überall die gleichen Vorschriften vorauszusetzen zu können. Für eine übereinstimmende Regelung liegen die Voraussetzungen auf dem Gebiete des Wechselrechts günstiger als auf vielen anderen Rechtsgebieten. Die geltenden Systeme des Wechselrechts können in drei Gruppen eingeteilt werden: die deutsche, die französische und die englische. An Verstanden, diese drei Systeme zu verschmelzen, hat es nicht gefehlt. Schon im Jahre 1872 empfahl der zehnte deutsche Juristentag die Herstellung eines einheitlichen Wechselrechts für Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika. Nach längerer Pause kam die Bewegung erst im Jahre 1906 wieder in Aufbruch; in Deutschland waren es besonders die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin und der deutsche Handelsrat, die sich zu Führern dieser Bestrebungen machten und zugleich die Handelsvertreter anderer Länder dafür zu interessieren wußten. Auch der deutsche Reichstag nahm im Jahre 1907 eine Resolution an, worin die Reichsleitung ersucht wurde, Schritte zu tun, um durch internationale Verhandlungen eine Vereinheitlichung des Wechselrechts der für den Wechselverkehr vorwiegend in Betracht kommenden Staaten in die Wege zu leiten. Ehe die Deutsche Regierung zu dem Fragebogen Stellung nahm, berief sie eine Kommission von Sachverständigen, in der neben den beteiligten Anwälten und den Vertretern der juristischen Wissenschaft und Praxis zahlreiche Mitglieder der Handelskreise, insbesondere die Vertreter größerer und kleiner Banken, sowie Vertreter von Genossenschaften tätig waren. Die Kommission unterzog den Gedanken der Vereinheitlichung des Wechselrechts an der Hand des niederländischen Fragebogens einer sorgfältigen

Prüfung vom Standpunkt der deutschen Rechts- und Wirtschaftsinteressen. Die erste Haager Wechselrechtstagung hielt ihre Sitzungen im Juni und Juli 1910 ab. Das Ergebnis der ersten Konferenz bildeten die Vorwürfe eines einheitlichen Wechselgesetzes und eines Abkommens über die Vereinheitlichung des Wechselrechts. Im Jahre 1912 berief die niederländische Regierung der getroffenen Verabredung gemäß eine zweite Konferenz ein, die am 15. Juni zusammentrat und bis zum 23. Juli tagte. Das Abkommen ist am 23. Juli 1912, dem Schlußtag der Konferenz, von einer großen Zahl der beteiligten Staaten unterzeichnet worden und kann nach Artikel 31 Abs. 1 bis zum 31. Juli d. J. von den übrigen Teilnehmern nachträglich gezeichnet werden. Es trägt bisher die Unterschriften der Bevollmächtigten von 39 Staaten, mit Ausnahme von Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika. Auf der zweiten Konferenz bildete außer dem Wechselrecht auch das Schiedsrecht, dessen Vereinheitlichung bereits die erste Konferenz ins Auge gefaßt hatte, einen Gegenstand der Verhandlungen. Diese Materie war in derselben Weise vorbereitet worden wie früher das Wechselrecht; ihre Beratung nahm einen ähnlichen Verlauf und endete mit einer Reihe von Beschlüssen, die nach dem von der Konferenz ausgesprochenen Wunsche auf einer neuen Konferenz ihre endgültige Gestalt erhalten sollen. Das einheitliche Wechselrecht besteht hiernach nicht aus einer Anzahl von Grundgesetzen, denen die Landesgesetzgebung der Vertragsstaaten das nationale Recht anzupassen hätte. Es stellt auch nicht, wie der Entwurf der Brüsseler Konferenz vom Jahre 1888, nur ein Mustergebot dar, nach dessen Vorbild jeder Vertragsstaat sein eigenes Recht in völkerrechtlicher Freiheit gestalten könnte. Endlich läßt es den Staaten, die es angenommen haben, nicht, wie die Allgemeine Deutsche Wechselordnung vom Jahre 1848, die Befugnis, einseitig Änderungen daran vorzunehmen. Vielmehr enthält die im ersten Artikel des Haager Abkommens von jedem Vertragsstaat übernommene Verpflichtung, die einheitliche Wechselordnung bei sich einzuführen, zugleich die weitere Verpflichtung, sie unverändert beizubehalten, solange für ihn das Vertragsverhältnis besteht. Eine solche Strenge der völkerrechtlichen Bindung auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts konnte nicht ohne Milderung durchgeführt werden. Einmal mußte in verschiedenen Fragen, bei denen langjährige nationale Gewohnheiten mitspielen, den Vertragsstaaten eine Abweichung von den Regeln der neuen Wechselordnung gestattet werden; diesen Bedürfnissen ist in den Artikeln 2 bis 12 17 des Abkommens Rechnung getragen. Sodann erwiesen sich einige Gebiete, wo das Wechselrecht sich mit dem allgemeinen bürgerlichen oder Prozeßrecht berührt, überhaupt nicht als reif für die Vereinheitlichung; diese Materien sind daher in den Artikeln 13 bis 16 von der internationalen Regelung ausgenommen worden. Endlich war Vorsorge zu treffen, daß jeder Staat sich für eine verhältnismäßig kurze Zeit an das einheit-

liche Recht zu binden braucht, damit er in der Lage bleibt, die Freiheit der Entschließung über eine Änderung des Rechtszustandes zurückzugewinnen; diesem Gedanken entsprechen die im Artikel 28 vorgezeichneten Kündigungsfristen. Die wesentlichen Neuerungen der Haager Wechselordnung gegenüber der deutschen Wechselordnung lassen sich in zwei Gruppen teilen, in solche, die den Wünschen unserer Kaufmännischen Kreise entsprechen und daher auf der Konferenz von deutscher Seite vorgeschlagen worden sind und in solche, die mehr ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen anderer Staaten bedeuten. Zur ersten Gruppe ist vor allem die Frage der Einwirkung höherer Gewalt zu rechnen, deren Erörterung auf beiden Konferenzen einen breiten Raum eingenommen hat. Die deutsche Wechselordnung steht bisher auf dem Standpunkte, daß es für die Veräumlichung wechselseitiger Fristen überhaupt keine Entschuldigung gibt. Wesentlich aus diesem Grunde ist es bei Schaffung der deutschen Wechselordnung, obwohl sich eine starke Stimmung für die Berücksichtigung höherer Gewalt geltend machte, nicht zu einer gesetzlichen Vorschrift gekommen. Andererseits hat sich im Ausland wie in Deutschland der überwiegende Teil der Handels- und Juristenkreise mehr und mehr überzeugt, daß im Interesse des Verkehrs eine gesetzliche Berücksichtigung der höheren Gewalt in vorsichtig zu bemessenden Grenzen notwendig ist. Die Haager Wechselordnung (Artikel 53) hat einen Mittelweg eingeschlagen. Ereignisse höherer Gewalt sollen — soweit es sich nicht um Tathaten handelt, die rein persönlich den Wechselinhaber oder seinen Auftraggeber betreffen — den Lauf der Fristen grundsätzlich verlängern. Der Inhaber kann jedoch Rückgriff nehmen, ohne die wechselseitig vorgeschriebene Handlung nachzuholen, wenn die höhere Gewalt mehr als dreißig Tage dauert. Eine weitere grundsätzliche Abweichung, die deutschen Wünschen entspricht, enthalten die Vorschriften über den Rückgriff vor Verfall. Nach der deutschen Wechselordnung (Artikel 25 bis 29) gibt die Verweigerung der Annahme sowie die Unsicherheit des Annahmehabers dem Wechselinhaber nur das Recht, im Wege des Rückgriffs Sicherstellung zu verlangen. Es ist auch von deutscher Seite vorgeschlagen worden, bei Verweigerung der Annahme und Unsicherheit des Annahmehabers den Rückgriff auf Zahlungen zu geben. Im Zusammenhange hiermit steht, daß schon vor Verfall, wenn die Voraussetzungen eines Rückgriffs gegeben sind, eine Grenzzahlung stattfinden kann (Artikel 58) und daß die Entschädigung darüber, ob eine Ehrenannahme zuzulassen ist, dem freien Ermessen des Wechselinhabers überlassen wird, selbst wenn sie von einer Notabresse angeboten wird (Artikel 55 Abs. 2, anders Artikel 57 der deutschen Wechselordnung). Das ganze Abkommen, das die wesentlichen Abweichungen von unserem Rechte überwiegend den deutschen Vorschlägen entsprechen und das nur in verhältnismäßig weniger erheblichen Punkten eine mit den deutschen Wünschen nicht übereinstimmende Rege-

lung vorgenommen worden ist. Es ist daher nur zu wünschen, daß auch andere Materien ähnlicher Art auf internationalem Wege geregelt werden; je näher sich die Völker im Wirtschaftsleben kommen, um so besser werden sie auch im politischen Leben zueinander stehen. Der erste Schritt ist gut gelungen und das ermuntert zum Weiterarbeiten.

Zur neuesten Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung.

Die Ziffern, die in den letzten Tagen über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 mitgeteilt wurden, lassen erkennen, daß den mancherlei Schwierigkeiten zum Trotz der christliche Gewerkschaftsbau sich auch im abgelaufenen Jahre behauptet und durchgesetzt hat. Wenn der gewerkschaftliche Vormarsch 1912 im allgemeinen auch ein langsamerer war, als in den beiden vorausgegangenen Jahren, so lag das vor allem auch daran, daß stellenweise infolge der vielen und starken Spannungen internationaler Art sowie der daraus erwachsenden wiederholten, sehr empfindlichen Störungen des Geldmarktes und Absatzes namentlich in der Fertigwarenindustrie der Arbeitsmarkt durchaus keinen gleichmäßig günstigen Stand als das Vorjahr aufwies; im Gegenteil, in den meisten Monaten war das Angebot an Arbeitskräften, wenn auch nicht wesentlich größer als im Vorjahr. Eine derartige Situation wirkt hinsichtlich einer Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaftsbewegung recht ungünstig. Umso erfreulicher ist demgegenüber die gute finanzielle Grundlage der christlichen Gewerkschaften. Eine gewerkschaftliche Organisation, in der in einem Jahr rund 6 Millionen Mark Beiträge regelmäßig geleistet wurden, in der die Mitglieder ihre Unterhaltungen von etwa 2 Millionen Mark ohne Unterbrechung ausbezahlt erhielten, und in welcher auch auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifverhandlungen ein Unterschied gegenüber dem Vorjahr nicht zu beobachten war, zeigt, daß ihre Grundlage durch und durch gesund und sie in unserem Wirtschaftsleben am Platze ist. Demgemäß wird, wie in dem Bericht des Generalsekretariats im „Zentralblatt“ (Nr. 14) mit Genugtuung hervorgehoben wird, die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit längst nicht mehr an ihrem bloßen äußeren Aufschwung gemessen. Hier entscheidet die Tatsache, daß es sich um eine Bewegung handelt, die ihre wirtschaftliche und soziale sowie ihre staatliche Notwendigkeit unter den schwierigsten Verhältnissen in der Praxis bewiesen hat und die auch von den stärksten Gruppen der nichtchristlichen Arbeiterbewegung beachtet werden muß. Nach letzterer Richtung hin leuchtet speziell ein Einblick in das innere Getriebe der Tarifentwicklung, was eine christliche Gewerkschaftsbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung selbst bedeutet. Und wer ihre soziale Bedeutung zu erfassen wünscht, der lasse die Fülle

—(Das Tageslichtmeteor.

Am 14. Juni ist in einem größeren Teil von Südengland, und auch auf dem angrenzenden Atlantischen Ozean, ein Meteor beobachtet worden, das eine ungewöhnliche Größe besaßen haben muß. Es erschien nämlich bald nach 8 Uhr abends, als die Sonne noch voll an dem gänzlich wolkenlosen Himmel stand. Unter diesen Bedingungen pflegen Meteore unsichtbar zu bleiben, wenn sie nicht von außergewöhnlicher Helligkeit sind, und man hat daher für diesen außergewöhnlichen Fall die Bezeichnung des Tageslichtmeteors geschaffen. Es muß ein gewaltiger Block gewesen sein, der bei dieser Gelegenheit aus dem Weltraum in die Gefangenschaft der Erde geraten war und von dieser niedergezogen wurde. Denn er ist trotz der herrschenden Tageshelle von unzähligen Beobachtern im ganzen östlichen Südengland gesehen worden.

Dabei scheint dies Meteor nicht einmal über dem Lande heruntergegangen zu sein, sondern über der Nordsee, etwa in der Breite von Harwich. Der Himmelskörper hinterließ einen glänzenden Streifen, der drei Minuten lang für das Auge bestehen blieb. Und außerdem hörten mehrere Augenzeugen ein donnerähnliches Geräusch, das dem Zerplatzen des Meteors zu folgen schien. Ein Beobachter hat mit der größten Bestimmtheit behauptet, das Meteor müsse in einem ganz kurzen Abstand von höchstens 25 Metern zur Erde gelangt sein, da er die glühende Masse vor einigen Bäumen habe zu Boden gleiten sehen. Das ist aber zweifellos eine einfache Täuschung gewesen, wie sie oft gegenüber dem Blick stattfindet, dessen Entfernung meist erheblich unterschätzt wird. Große Meteore treten nicht selten in Gesellschaft auf, und noch am selben Abend wurde von Südengland aus ein zweites Feuerball von gleichfalls großartigem Glanz wahrgenommen.

Dieses zweite Meteor wurde um 10 Uhr abends, als bereits der Vollmond am Himmel stand, von

Landesend, der äußersten Südwestspitze Englands, in scheinbar großer Entfernung gesehen. Der Mond ist sonst für die Beobachtung des Meteors ein beträchtliches Hindernis. Dieser zweite Feuerball des 14. Juni aber übertraf den Mond so stark, daß er niemand verborgen bleiben konnte, der zur rechten Zeit gerade das Auge nach dem Himmel gewandt hatte. Dies Meteor zeichnete sich durch eine sehr lange und wagerechte Flugbahn aus, die nach den Schätzungen der Beobachter von Südost nach Nordwest über fast 800 Kilometer sich erstreckt haben muß, und zwar von der Nähe der französischen Küste bis in die Gegend von Irland.

Professor Denning, der berühmte Meteorforscher, der in der Natur die zahlreichen Beobachtungen der beiden Meteore gemeldet und bearbeitet hat, meint jedoch, daß die wirkliche Bahn der Feuerkugel wahrscheinlich noch viel länger als 800 Kilometer gewesen sein müsse. Als sie zuletzt von Irland aus gesichtet wurde, schien sie sogar aufwärts zu steigen und verschwand dann hinter niedrigen Höhen, während sie noch in voller Glut war. Sie ist demnach nicht in ihrem ganzen Verlauf verfolgt worden. Professor Denning knüpft an diese Erscheinung die Frage, ob es für ein Meteor bei wagherrtem Flug möglich ist, der irdischen Hölle wieder zu enttrinnen und aufs neue in den Weltraum zu gelangen. Der Gelehrte glaubt, daß dies unter Umständen denkbar sei, falls die Flugbahn nicht nach der Erdoberfläche hin gerichtet und seine groß und widerstandsfähig genug ist, um der Reibung mit der Luft nicht zu erliegen.

Ein Verweis für eine solche Möglichkeit ist aber bisher noch nicht erbracht worden, und es bleibt abzuwarten, ob vielleicht weitere Beobachtungen aus Westirland einen Anhalt für den Verbleib dieser merkwürdigen Sternschnuppe geben werden. Nebenbei hat auch Professor Denning Höhe, Geschwindigkeit und Herkunft der beiden Meteoriten aus der Gesamtheit der Angaben bestimmt. Das große Tageslichtmeteor tauchte in Höhe von etwa 125 Kilometern auf und zerplatzte 45 Kilometer

über der Erdoberfläche. Seine Geschwindigkeit betrug etwa 35 Kilometer in der Sekunde. Ausgangspunkt am Himmelsetzt war die Nachbarschaft eines Sternes im Bilde des Drachen. Der zweite Feuerball hielt sich während der ganzen langen Bahn in einer Höhe von etwa 90 Kilometern über der Erde. Seine Geschwindigkeit war noch etwas größer, nämlich über 40 Kilometer in der Sekunde. Sein Strahlungspunkt lag im Sternbilde des Bogenschützen.

Kleines Feuilleton.

Ein neues Urteil über Gerhart Hauptmanns Festspiel.

fällt soeben v. d. Rehen, Professor der deutschen Philologie an der Universität München. Sein kurzes, aber vernichtendes Urteil lautet: „Gerhart Hauptmann, Festspiel in deutschen Reimen. S. Fischer 2.00. In dem Festspiel zur Jahrhundertfeier in Breslau steht derselbe Gerhart Hauptmann, der vor 20 Jahren die schreckliche Not der schlesischen Weber so tief empfunden und so erschütternd geschildert, ohne jedes Verständnis und ganz hilflos gegenüber den elementaren Leidenschaften, der fortwährenden Kraft und der wunderbaren und reinen Begeisterung der Freiheitskriege. Und das ist nicht einmal das Traurigste an seinem neuen Werk: viel beschämender wirkt, daß der Dichter seine ganze Ohnmacht nicht nur nirgends gefühlt hat, nein, daß er sich über jenen Zeit erhaben glaubt, und sie geringfügig und mitteilend, von oben herab in Versen und Reimen schildert, die bald durch Unförmigkeit und trübe Oberflächlichkeiten, bald durch eine ans Widerwärtigste streifende Rohheit beleidigen, bald, wären sie nur witzigere und leichter, höchstens in eine studentische Aneignung gehören. In diesem großen, abschließenden Reichtum erinnern nur zwei oder drei Verse daran, daß der einmal ein großer, viele-

lieber Dichter war, der sich hier an deutscher Dichtung und an deutschem Geiste so schwer verging.

Also nicht ein Wort der Anerkennung, so schreibt dazu die „Augsb. Postztg.“. Gar nichts hat der Professor loben können an diesen „Versen und Reimen, die bald durch Unförmigkeit und trübe Oberflächlichkeiten, bald durch eine ans Widerwärtigste streifende Rohheit beleidigen, bald nur witziger und leichter Natur wären und höchstens in eine studentische Aneignung gehören.“ Und um diesen großen abschließenden Reichtum so viel Rätsel! Was sagt denn zu diesem Verdammsurteil der Geschichtspräsident an der Technischen Hochschule, der „diesen großen abschließenden Reichtum“ über den Schellentönig lobte. Si tacuisse! Und die „München-Reue“, die so wader für den Verfolgten eintrat. Ach ja! Bei der Jagd auf Schwarzwild sind gewisse Leute immer dabei, da gehen sie mit und hauen blindlings drein; da heilt der Zweck die Mittel, und vor lauter Kampfeswut spüren sie die Gieße gar nicht und nicht die Ohrfeigen, die sie sich selber geben. Da hatten die „intoleranten, inferioren, mittelalterlich rückständigen, blindgläubigen, lebensverneinenden Römlinge“ doch wieder einmal einen besseren Geschmack als viele unserer modernen Literaten, die so stolz sind auf ihr modernes ästhetisches Feingefühl, das ihnen aber durch das Wohlgefallen, mit dem sie diesen großen, abschließenden Reichtum sich aneigneten, einen bösen Streich gespielt hat. Trotzdem wird Hauptmann für manche „Vorurteilslose“ der Held des Tages bleiben und das Opfer der verfolgsüchtigen, intoleranten Literaten, obwohl von der Leyen und andere, die in religiöser und politischer Einnahme direkte Gegner der „schwarzen Bande“ sind, vielleicht noch schärfer, mindestens nicht besser über das neueste Nachwerk des schlesischen Dichters sich geäußert haben. Wie lange wird es denn noch Leute geben, die es loben? Wir Katholiken können jedenfalls mit dieser neuesten Entwicklung zufrieden sein. Diesmal kommen die modernen Kulturträger hinterhand.

von geistigen und moralischen Kräften auf sich wirken, die mit der Anteilnahme derjenigen Arbeiter, welche durch die Schule der christlichen Gewerkschaften gegangen sind, an den gesellschaftlichen und allgemein politischen Einrichtungen ausgedrückt werden. Diese Tatsachen sind in den langwierigen Kämpfen der letzten Jahre nicht etwa erschüttert, sondern erst recht gekräftigt und befestigt worden. Und diese Überzeugung ist für die christlichen Gewerkschaften der stärkste Antrieb, auf der eingeschlagenen Bahn vorwärts zu gehen in der festen Zuversicht, daß die günstige Gestaltung der Verhältnisse sich auch in einer günstigeren Entwicklung ihrer Bewegung äußern wird.

Unter diesen Umständen ist die teilweise Stagnation in einigen Verbänden im vorigen Jahre wohl zu verzeihen, zumal sie, abgesehen von der erwähnten Ungunst des Arbeitsmarktes, hauptsächlich auf innerorganisatorische Vorgänge sowie besondere Zeitverhältnisse in den betreffenden Gewerkschaften zurückzuführen ist. Hätte zum Beispiel der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter nach sozialdemokratischer Art und nur auf den Erfolg des Augenblicks sehend, sich an dem Ruhrbergarbeiterstreik des Frühjahr 1912 beteiligt, und hätten nicht einige größere Verbände in Vorsee für die Zukunft 1912 größere Beitragserhöhungen durchgeführt, so hätten die christlichen Gewerkschaften, wie dies aus der Mitgliederbewegung der einzelnen Verbände mit ausreichender Klarheit zu erhellen ist, auch im Jahre 1912 eine Gesamtmitgliedszunahme von 20 000 bis 30 000 sichern können. Aber auch die Gegner der christlichen Gewerkschaften werden, so wird im „Zentralblatt“ mit Recht weiter ausgeführt, zugeben müssen, daß die von letzteren im Berichtsjahre ausgetragenen Kämpfe für die zukünftige Position der christlichen Gewerkschaftsbewegung bedeutungsvoller sind als eine einmalige Mitgliedszunahme. Der sozialdemokratischen Bewegung mußte, wie sich die Dinge entwickelt hatten, beim Ruhrbergarbeiterstreik mit all seinen bitteren Begleiterscheinungen der Nachweis erbracht werden, daß die christlichen Gewerkschaften die Kraft und innere Festigkeit besitzen, um sich einer unverantwortlichen, struppeligen Streikpolitik erwehren zu können. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften mußten allmählich zu der Einsicht und Erkenntnis gebracht werden, daß große Streiks, die in der Sache oder in den äußeren Umständen oder in den allgemein anerkannten gesellschaftlichen Grundfragen nicht begründet sind, aus den Mitteln auszuscheiden haben, mit denen man kämpfen, die christliche Gewerkschaftsbewegung niederringen zu können. Mit Kämpfen und Vorgängen, wie sie sich im Frühjahr 1912 an der Ruhr und neuerdings wieder bei der Färbereibewegung in Krefeld gezeigt haben, sind die christlichen Gewerkschaften nicht niederzubütteln; damit wird höchsten die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit kompromittiert.

Bei Inner solchen, an das Standbild grenzen, den sozialdemokratischen Gewerkschaften sind eben letzten Endes die Arbeiter selbst die Leidtragenden. In einer Zeit, in der die Unternehmerrorganisationen in einer einheitlichen Zentralkasse zusammengefaßt werden, und gegen jede einheitliche Arbeiterbewegung Sturm gelaufen wird, sollte man meinen, daß die freien Gewerkschaftsgruppen sich vor dringlicheren Aufgaben gestellt sähen als der Anstellung von Kämpfen, mit denen sie in erster Linie hoffen, eine christliche Arbeiterorganisation schädigen zu können. Je weniger die freie Gewerkschaftsbewegung glaubt, einer solchen unzulässigen Taktik entgegen zu können, und je mehr sie sich anstrengt, mit dieser und den Mitteln des Terrorismus sich in einer die gesamte Entwicklung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gefährdenden Weise das Übergewicht auf dem Arbeitsmarkt zu sichern, ist die Förderung und Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine erste Forderung des Tages.

Das ist eine Lehre, die die neuere Entwicklung der gewerkschaftlichen Verhältnisse in unserem Vaterland uns in eindringlicher Weise vor Augen führt.

O Das internationale landwirtschaftliche Institut in Rom

gibt seinen ersten umfassenden deutschen Bericht heraus, der eine Reihe interessanter Gesichtspunkte beipricht. Von der Entwicklung und Tätigkeit des seit 1908 bestehenden Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom weiß man in deutschen Kreisen nicht viel. So ist man auch schwer in der Lage zu prüfen, ob die Urteile, die man sich bei der Begründung dieses Instituts über seine Bestimmung und seine Zweckmäßigkeit gebildet hatte, sich als berechtigt oder nicht, vielmehr durch die tatsächliche Entwicklung sich als unhaltbar herausgestellt haben. Das Auftreten von Vorurteilen darf nicht verwundern. Die erste Anregung zur Begründung des Instituts fiel scheinbar ohne jede vorangegangene Bewegung, ohne vorangegangene Fühlungnahme und Verständigung in die landwirtschaftlichen Kreise hinein, so daß man den Eindruck gewinnen konnte, als ob aus einer Laune heraus und ohne ein wirklich vorliegendes und klar erkanntes Bedürfnis etwas Neues und — wie man vielfach wohl glauben möchte — recht Überflüssiges geschaffen worden sollte. Die recht allgemein gehaltene Zweckbestimmung des zu begründenden Instituts in dem an die Regierungen der Welt gerichteten Einladungsschreiben war geeignet, die Überbahrung und die Zweifel zu vergrößern. Aber doch trat der Gedanke nur scheinbar unvermittelt und unvorbereitet auf, und auch das Bedürfnis war schon bisher in manchen Zügen erkennbar zum Ausdruck gelangt. Um an deutsche Verhältnisse zu erinnern, so war die langjährige Beteiligung an den internationalen statistischen Kongressen, in denen unausgesprochene Bemühungen auf die Verbesserung, Vereinheitlichung und Verbreitung der landwirtschaftlichen Statistik gerichtet wurden, war die Veranstaltung und Teilnahme an besonderen internationalen agrarstatistischen Kongressen und besonders diejenigen an den internationalen landwirtschaftlichen, sei es allgemein, sei es auf Spezialgebiete sich beschränkende Kongressen, ein Ausdruck des Bedürfnisses nach internationaler Verständigung und nach international organisierter gemeinsamer Arbeit. Das Gleiche kommt aus den wiederholt zustande gekommenen Vereinigungen zur Anbahnung von internationalen Verständigungen behufs gemeinsamer Bekämpfung verbreiteter Pflanzenkrankheiten gefolgert werden. Auch die Einrichtung der landwirtschaftlichen Sachverständigen ist ein Ausdruck ähnlichen Bedürfnisses. Sie sollten, ebenso wie die in andern Ländern eingerichteten besonderen Informationsbüros, Studien anstellen über die Entwicklung und Fortschritte der Landwirtschaft in fremden Ländern und sollten so eine dauernde Verbindung mit diesen Ländern herstellen, um durch Bekanntgabe aller neuen und Wissenswerten aus fremden Ländern für die eigene Landwirtschaft betrübend zu wirken. Ganz besonders kennzeichnet sich das Bedürfnis durch die Ende der neunziger Jahre eingeleitete und später in Berlin erfolgte Begründung eines internationalen Bureaus für die Entwicklung und Feststellung der Getreidepreise. Auch

schwebte schon damals der Gedanke an die Begründung eines internationalen Bundes der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der noch während der Begründung des internationalen Landwirtschaftsinstituts sich auch verwirklichte. Alle solche vereinzelten Versuche internationaler Orientierung und Zusammenfassung waren Zeichen und Ausfluss des Geistes unserer Zeit und des Bedürfnisses, auf allen Gebieten herauszutreten aus der Isolierung der privaten und individuellen, in die Form der vergesellschafteten zunächst nationalen, aber immer mehr in das Internationale übergreifenden Tätigkeit, ein Geist, der auch der Landwirtschaft nicht fremd geblieben ist. So hätte man wohl die geplante Begründung des Instituts, welches auf allen erwähnten Gebieten tätig sein sollte und später auch tätig geworden ist, als das zeitgemäße Mittel zur Einigung aller bereits vorhandenen Bestrebungen, deren jede einzelne einem Bedürfnis entsprach, erkennen müssen. Aber erst später ist sie unter diesem Gesichtspunkt beurteilt worden, nachdem sich schon Vorurteile mancher Art festgesetzt hatten. Zu der Verstärkung solcher Vorurteile trug dann in der weiteren Entwicklung bei, daß das Institut unter Ausschluß aller die frei tätigen Kräfte in der Landwirtschaft zusammenfassenden Organisationen als reines Staatsinstitut in das Leben gerufen wurde. Damit schien das Gespenst schwerfälligen Bürokratismus aufzuweisen, von dessen internationaler Zusammenfassung man sich eher die Erlösung als die lebendige Ausgestaltung des dem Plane der Institutsgründung an sich wohl zu Grunde liegenden gefunden Gedankens glaubte verprechen zu müssen. Hinter diesem Gespenst trat die Erinnerung daran völlig zurück, daß es doch internationale staatliche Aktionen bisher allein gewesen waren, welche wissenschaftlicher oder praktischer Initiative auf wichtigen Gebieten zum Leben verholfen hatten. Es genügt, an das Zustandekommen der Nebenkonzentration, der Konvention zum Schutze nützlicher Vögel, der Bräuterei-Unterabkommen zu erinnern. So hätte man doch auch der Furcht vor bürokratischer Schwerfälligkeit das Schwergewicht gegenüberstellen müssen, das darin gelegen war, daß hinter dem zu gründenden Institut die Autorität und das praktische Können und Vermögen der Regierungen stehen würden, dessen Fehlen den bisherigen privaten Anregungen auf internationale Zusammenarbeit und Verständigung meist den Erfolg verlag hatte. Die Bedenken und Zweifel haben die Begründung des Instituts nicht behindert. Es ist eine der größten internationalen Vereinigungen ins Leben gerufen, eine gemeinsame Unternehmung, an der jetzt schon über 50 Staaten — man kann sagen die gesamte Kulturwelt — beteiligt ist, ein Institut ganz neuen und eigenartigen Charakters, in dem sich diplomatische, wissenschaftliche, wirtschaftliche, und technische Funktionen vereinigt haben zur Förderung gemeinsamer Interessen der Welt-Landwirtschaft. Seit fünf Jahren ist es tätig, ein Zeitraum, lang genug, um beurteilen zu können, ob Organisation und wirkliche Arbeit des Instituts, ob seine ganze Entwicklung sich so gestaltet haben,

daß die Zweifel, Befürchtungen und Vorurteile bestätigt wurden, oder ob nicht vielmehr aller Grund vorhanden ist, die ursprüngliche Be- und Verurteilung einer Verächtlichkeit zu unterziehen. Mit Abß hat das zuständige Komitee, dem Vertreter aller beteiligten Regierungen angehören, und dem die Organisation des Instituts anvertraut war, seine Arbeit schweigend und gewissenhaft durchgeführt, ohne jede parteipolitische und aufreizende Publizität. Überzeugt davon, es der Verwirklichung eines neuen und eigenartigen Organismus zu tun zu haben, und in der klaren Erkenntnis, daß sich aus vielfach divergierenden Ansichten und Bestrebungen und aus vielfach gegenwärtig kämpfenden Interessen nur in ruhiger Arbeit und allmählich etwas in sich Einheitsliches und Klügelliches schaffen lassen, hat das Komitee langsam aber sicher in vorbereitender Arbeit dem durch die Konvention vom 7. Juni 1905 aufgestellten Plane Form und Leben gegeben. Der Bericht zeigt nun, was alles in den 5 Jahren des Bestehens geleistet worden ist und schließt mit den Worten: Zusammenfassung der zerplitterten Kräfte der landwirtschaftlichen Bevölkerung der gesamten Welt zur Verteidigung ihrer Interessen auf dem internationalen Markt behufs Erlangung einer gerechten Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte war es, was in dem Briefe Sr. Majestät des Königs von Italien an seinen Ministerpräsidenten an die Spitze des Programms gestellt war. Folgerichtig hätte das einzige Mittel zur Einwirkung auf diesem Gebiete die Erlangung weitausfassender, rascher und vertrauenswürdigster Informationen, durch Verbesserung und Ausnutzung der landwirtschaftlichen und Handelsstatistik wenn nicht den ausschließlichen, so doch den Hauptgegenstand der Sorge und Tätigkeit des Instituts bilden müssen. Dies ist bei der augenblicklichen Organisation ausgefallen. Man wird aber mit einer gewissen Berechtigung behaupten können, daß alle anderen dem Institut gestellten Aufgaben zur Not schon jetzt von jedem in seiner landwirtschaftlichen Verwaltung und in seiner agrarischen Organisation entwickelten Lande befriedigend gelöst werden können; auch bestehen internationale Zusammenfassungen der tätigen Kräfte ausreichend zur bekräftigenden Lösung dieser Aufgaben. Jene erste und wirtschaftlich ebenso wichtige wie schwer zu lösende Aufgabe aber erforderte ein Zusammenfassen der gesamten agrarischen Welt und aller Regierungen der beteiligten Staaten, wie es in dem Internationalen Landwirtschaftsinstitut verwirklicht ist. Vielleicht wird es der Entwicklung der nächsten Jahre vorbehalten sein, aus dem gesamten Tätigkeitsgebiet des Instituts das auszuscheiden, was weniger dringend ist, und dafür die ganzen persönlichen und finanziellen Kräfte, über die das Institut verfügt, auf wenige, zu ihrer Lösung die internationale Zusammenfassung unbedingt erfordernde Aufgaben zu konzentrieren.

(-) Das Volksschulwesen in Russland.

Der russische Kaiserstaat steht auf einem sehr niedrigen Bildungsniveau. Bei den letzten Zensusaushebungen wurde festgestellt, daß von der Gesamtzahl der Ausgehobenen volle 65 Proz. Analphabeten waren. Wenn man bedenkt, daß die Rekruten nicht besonders geprüft werden, sondern nur zu erklären haben, ob sie schriftkundig seien oder nicht, und daß sich auch solche als schriftkundig bezeichnen, die ihren Namen nur rein mechanisch mit Mühe und Not unterzeichnen können, so wird der Prozentsatz der Analphabeten auf mindestens 70 Prozent zu veranschlagen sein. Von den 30 Prozent der Rekruten, die lesen und schreiben können, haben mindestens ein Drittel außerhalb der Schule, zu Hause oder bei Verwandten lesen und schreiben gelernt. Die Volksschule vermittelt also nur an 20 Prozent die elementarsten Kenntnisse im Lesen und Schreiben.

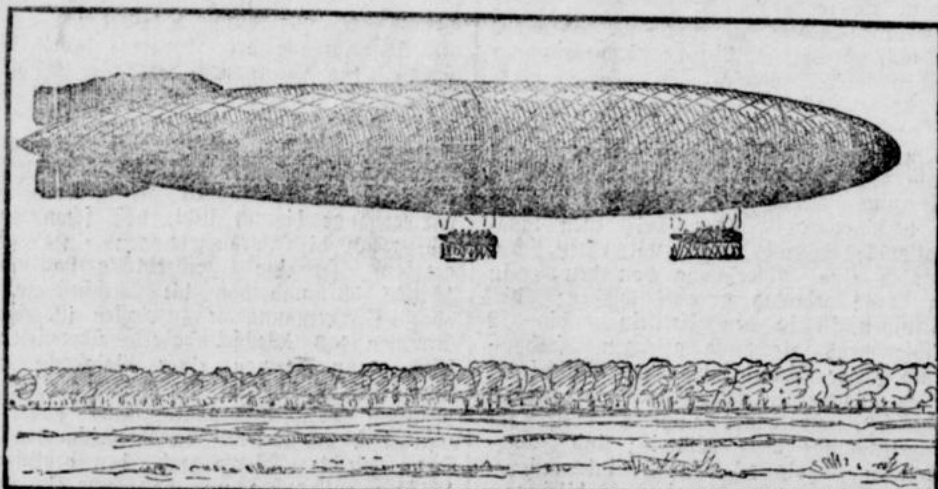
Wenn die Volksschule in Russland nur einen so geringen Prozentsatz des Lesens und des Schreibens kundiger liefert, so liegt das daran: 1. daß die Zahl der Volksschulen unzureichend ist; 2. daß das Schuljahr zu kurz ist; 3. daß es an fähigen Lehrern mangelt.

Der Flächeninhalt des russischen Reiches beträgt 18 Millionen Quadratkilometer. Auf dieser riesigen Fläche gibt es nur gegen 100 000 Volksschulen, d. h. auf eine Fläche von 170 Quadratkilometer entfällt eine Volksschule. In härter bevölkerten Gegenden sind die Schulen häufiger, dagegen gibt es aber Gegenden, besonders in Sibirien, wo auf einer Fläche von Tausenden von Quadratkilometer keine Schule anzutreffen ist.

Im Verhältnis zur Bevölkerung Russlands, welche 160 Mill. beträgt, entfällt eine Schule auf 1600 Einwohner. Wievohl also die Zahl 100 000 recht respektabel erscheint, so ist sie doch im Verhältnis zu der Flächenausdehnung und zur Bevölkerungsziffer recht gering, und so lange die Zahl der Schulen nicht um das Vielfache vermehrt ist, wird die russische Volksschule das allgemeine Bildungsniveau nicht heben können.

Nach den gesetzlichen Vorschriften hat das Schuljahr in den Elementarschulen mitte September zu beginnen und Mitte Juni zu enden, d. h. es soll zehn Monate dauern. In Wirklichkeit beginnt das Schuljahr in der Mehrzahl der Schulen im November und endet im März. Der Beginn der Schulzeit fällt mit dem Winterfroß zusammen, der Schluß mit den ersten warmen Sonnenstrahlen des Frühlings. In vielen Schulen übersteigt die Gesamtzahl der Schultage im Jahre nicht die Zahl 100. Die Bemühungen der Behörden und der Schullehrer, eine Verlängerung der Schulzeit herbeizuführen, sind bisher umsonst gewesen. Ein Schulzwang besteht in Russland nicht, und andere Mittel sind zumeist erfolglos. Im Laufe eines so kurzen Schuljahres kann auch der beste Schullehrer nichts erreichen.

Auch das Lehrpersonal in den Elementarschulen läßt viel zu wünschen übrig. Personen mit einer besonderen pädagogischen Ausbildung, so die Zöglinge der Lehrerseminare nehmen ungern eine Stelle als Volksschullehrer an. Die Mehrzahl, besonders die begabteren Elemente, lassen ihre Lehrtätigkeit im Stich, nachdem sie sich praktisch mit ihren Bedingungen vertraut gemacht haben



Zum Anfall des Schiffe-Lang-Balkens.

Etwas vom Inserieren.

(Nachdruck verboten!)

Es gab eine Zeit, in der das Publikum solchen Firmen und Kaufleuten, welche Reklame machten und ihre Ware durch die Zeitungen anpriesen, sehr argwöhnisch gegenüberstand. Das lag zum großen Teil daran, daß sich bei der neuzeitlichen Entwicklung der Reklame in Deutschland zuerst meist schwindelhafte Unternehmer und Kaufleute der Reklame im größeren Umfange bedienten und in ihren Anpreisungen den Mund reichlich voll nahmen, um das Publikum damit einzufangen. Mit anderen Worten: es wurde dem Käufer viel mehr versprochen, als gehalten werden konnte. Da der Käufer nachher sah, daß er überfordert war, stellte sich sehr bald ein großes Mißtrauen derartigen Kaufleuten, sowie überhaupt der gesamten Reklame gegenüber, ein. Wie aber alles im Leben Umwälzungen und Veränderungen unterworfen ist, so auch auf dem Gebiet der Reklame innerhalb des deutschen Wirtschaftslebens.

Durch das Beispiel der kaufmännischen Welt in Frankreich, England und Amerika angeführt, begannen nun auch allmählich in Deutschland die führenden kaufmännischen und industriellen Kreise sich zu rühren und sich der Reklame für ihre Zwecke zu bedienen, und zwar sehr, weil eben kein besseres Reklamemittel vorhanden war. Die Zeitungsinserktion zu allererst ein, um, unbefürchtet um die in den letzten 10 Jahren immer mehr um sich greifenden verschiedenen Reklamearten, ihren ersten Platz auf dem Gebiet der Reklame zu behaupten.

Eine Reklame, sei sie von einer Millionenfirma entworfen oder von einem kleinen Ladenbesitzer gemacht, muß stets mit der Inserktion beginnen und eine Firma, welche das Zeitungsinserat in ihrem Reklameplan nicht berücksichtigt, gibt es überhaupt nicht. Trotz aller Neuerungen wird das Zeitungsinserat auch in Zukunft den ersten Platz auf

dem großen Gebiete der Reklame behaupten. Was wären wohl die bekannten Firmen, von denen wir hier nur einige nennen wollen, z. B. Maggi, Odol, Stollwerck, Beutell, Continental und andere mehr ohne die Zeitungsinserate? Was wollten die großen und kleinen Detailgeschäfte und die Warenhäuser ohne die Zeitungsinserate anfangen? Auf welche Art sollten sie wohl an das kaufkräftige Publikum herankommen? Man überlege und erwähne sämtliche vorhandenen Reklamearten, und man wird unparteiisch zu dem Resultat kommen, daß das Zeitungsinserat das beste Propagandamittel allgemeinen Inhalts ist. Die große Bedeutung der Presse ist nicht mehr zu beweisen; eine Zeitung liest heute jeder Mensch. Die Zeitung gelangt in alle Kreise der Bevölkerung, sie trifft sämtliche sozialen Schichten, sie gelangt ebenso auf den Tisch des Junggesellen wie in das Haus einer vielköpfigen Familie. Kurzum, sie ist das Sprachrohr der öffentlichen Meinung. Jeder findet etwas Passendes in „seinem“ Blatt. Hervorragende Fachleute haben erklärt, daß bekannte Firmen von Markenartikeln nur der Inseratreklame ihren enormen Aufschwung zu verdanken haben, und wenn auch zugegeben werden soll, daß in erster Linie die Qualität der Ware stets die beste Reklame bleiben wird; so darf doch nicht geleugnet werden, daß die Reklame einsehen muß, um erst der Qualitätsware den Absatz in größerem Maßstabe zu verschaffen. Qualitätsware und geschickte Zeitungsinserate haben bisheran noch immer den besten Erfolg gezeichnet. Eins ohne das andere ist unmöglich, und deshalb auch auf die Dauer eine Inserktion für schwindelhafte Unternehmungen wenig Erfolg.

Mit der zunehmenden Bedeutung der Zeitungsinserate haben sich neben den Reklamefachleuten, welche im Dienst von Großkaufleuten und Industriellen stehen, Künftler herangebildet, die noch für Zeitungen und für solche Firmen, die sich der Zeitungsinserate widmen, arbeiten. So sehen wir denn heute das allmählich mit der Hand oder der Maschine gesetzte Inserat in den größeren Zeitun-

gen immer mehr und mehr verschwindet und dafür Bild- und Schriftliches, die nach Entwürfen bekannter Reklamekünstler angefertigt werden, zur Verwendung kommen. Wir haben es also mit einer vollständigen Umwälzung in der Inserktion zu tun, und man kann nicht sagen, daß die Zeitungen sowie das Publikum diese Veränderung zu beklagen haben; denn die Inseratreklame hat für beide Teile dadurch an Wert gewonnen. Man betrachte sich nur einmal etwas genauer die hervorragenden Inserate derjenigen Großindustriellen, die wir bereits vorher nannten, und man wird zugeben müssen, daß die Inseratreklame sehr große Fortschritte gemacht hat. Das Inserat von heute ist nicht nur anpreiend, sondern unterhaltend, lehrreich und zuweilen sehr witzig. Kurzum, der Zweck ist erreicht, das moderne Inserat wird beachtet und gern gelesen.

Nun gibt es Leute, die immer noch behaupten, die Reklame verteuere die Ware. Nichts ist verkehrter, als diese Anschauung; denn das direkte Gegenteil ist der Fall. Durch die Reklame wird der Umsatz bedeutend vergrößert, die allgemeinen Geschäftspfeifen können besser verteilt werden und der Betrieb ist stets vollumfänglich beschäftigt. Eine bekannte Zettelfirma hat ausgerechnet, daß auf jede Flasche Sekt 7 bis 8 Pf. Reklamekosten entfallen, und der Propagandabrief einer großen Zigarettenfabrik hat kürzlich in einem Vortrag erklärt, daß bei durchschnittlich 100 Stk 5 Pf. Zigaretten zirka 9 1/2 Pf. Reklamekosten einzurechnen seien, daß sich dabei aber bei letztgenanntem Industriezweig der Umsatz der betreffenden Fabrik in den letzten 7 Jahren verzehnfacht hätte. Gibt es einen besseren Beweis für unsere Behauptung, daß die Reklame die Ware nicht verteuert? Man kann heute wohl sagen, daß jeder Kaufmann, der nicht inseriert, als nicht fortgeschritten bezeichnet werden muß und daß andererseits derjenige, der inseriert, sehr stark im Vorteil ist, und im modernen Konkurrenzkampf muß jeder Vorprung auszunutzen werden.

Til.

(eine elende Besoldung und absoluter Mangel an irgendwelchen die Lehrtätigkeit anspornenden Reizen) und wendet sich anderen Arbeitsgebieten zu. Es bleiben in der Elementarschule nach wie vor Personen, welche zur Lehrtätigkeit nicht die geringste Befähigung haben.

In der letzten Zeit erwachte dank der Tätigkeit fortschrittlicher russischer Vereine das russische Volk aus seinem geistigen Schlaf. Es erkannte seine Unwissenheit und die Folgen dieser Unwissenheit und verlangte nach Aufklärung. Durch seine Vertreter in der Duma forderte es Schulen und Bildung. Die Duma erkannte die Wichtigkeit der Bildungsfrage an und die Notwendigkeit, sich ihrer anzunehmen. Das Verlangen nach Schulen war so lebhaft und die Bildungsfrage wurde für dringlich bezeichnet, daß eine große Zahl von Dumaabgeordneten sich sogar damit einverstanden erklärte, daß eine Milliardenanleihe aufgenommen wurde, damit dem allgemeinen Bildungsbedürfnis Genüge getan werden könnte.

Das Unterrichtsministerium befand sich in einer beneidenswerten Lage; ohne jeden Kampf und Bemühungen seinerseits konnte es einen Kreditvertrag eröffnen und gewann damit die Möglichkeit, auf seinem Spezialgebiet eine nahezu unbeschränkte Tätigkeit zu entfalten. Das frühere Mißbehagen rückte plötzlich an die erste Stelle. Man hätte meinen sollen, daß das Unterrichtsministerium, da es sich der Unterstützung von ganz Rußland erfreute und dazu angepornt war, die jahrhundertlange Verhärte und Latenzlosigkeit von sich abschütteln und dem ausgesprochenen Willen Rußlands gemäß auf dem Gebiete des Unterrichtswezens freudig eine erhebliche Tätigkeit eröffnen werde! Weit gefehlt! Das Unterrichtsministerium nahm in dieser Sache eine deutlich ablehnende Haltung ein. Rußland verlangte die sofortige Schaffung von Schulen, das Ministerium beschloß dagegen die Zahl der Schulen nur nach und nach zu vermehren, und zwar in einem sehr langsamen Tempo im Laufe von einigen Jahrzehnten. Rußland verlangte, daß das Ministerium für Unterrichtszwecke mit vollen Händen aus den vorhandenen Mitteln schöpfen sollte, das Ministerium dagegen verlangte für diesen Zweck so geringe Summen, daß sogar die Duma sich veranlaßt sah, sie aus freien Stücken um das Doppelte zu erhöhen. Statt für die Lehrer erträgliche materielle und rechtliche Lebensbedingungen zu schaffen und damit einen brauchbaren Stamm von Volksschullehrern heranzuziehen, richtete die Regierung eine große Zahl neuer Schulinspektoren- und Schulkontrollstellen ein. Im allgemeinen gewinnt man den Eindruck, daß das Unterrichtsministerium nur sehr ungern sich in seinem Halbschlummer hat hören lassen oder aber, daß es die Wichtigkeit der Sache gar nicht erfaßt hat.

Wenn man an die Spitze unserer Ministerien Männer der Tat stellen wollte, behaupten patriotische Russen, dann würde sich unser Rußland im Laufe weniger Jahre so verändern, daß man es nicht wiedererkennen würde. Man muß ihnen nur recht geben. Die Träger der Ministerialgewalt auf allen Ressorts zeichnen sich nur durch ihre Unfähigkeit aus. Rußland bedarf in einer Ausdehnung von Millionen von Werst neuer Eisenbahnlinien, und das Bauministerium vergeudet die vorhandenen Mittel zum Ankauf von Privatbahnen, die zur allgemeinen Zufriedenheit betrieben werden, statt neue zu bauen. Der japanische Krieg hat auch Nichtachtelnden gezeigt, wo eine Reform der Armee einleiten mußte. Statt dessen beschloß das Kriegsministerium, die Farbe in den Uniformen zu ändern. Rußland leidet nach Bildung und das Unterrichtsministerium, welches selbst in dieser Richtung sehr wenig leistet, hemmt die aufblühende Tätigkeit der privaten Vereinigungen, verhindert und verfolgt den Privatunterricht. Nicht so bald also wird der Augenblick kommen, da die russische Elementarschule den erfolgreichen Kampf mit der Unwissenheit aufnehmen können, um den russischen Völkern die erforderliche Aufklärung zu geben.



Alexander Malinow, der neue bulgarische Ministerpräsident.

Die Flucht der bulgarischen Flotte.

Wenn es zutrifft, daß der bulgarische kleine Kreuzer „Radjesda“ und sechs Torpedoboote sich nach Sebastopol geflüchtet haben, dann wäre die letzte Möglichkeit seefriedlicher Ereignisse damit geschwunden, da die griechische Flotte keinen Gegner mehr hat und die von ihr vollführte Befehls- von Küstenplätzen weniger für die Kriegshandlungen als für die spätere Befehlsfrage von Bedeutung sein dürfte. Bulgarien besitzt nur diesen einzigen kleinen Kreuzer von 720 Tonnen Wasserverdrängung, der aber aus dem Jahre 1898 stammt, also noch nicht ganz veraltet ist, und sechs Torpedoboote verdrängen 100 Tonnen, jollen 26–28 Seemeilen laufen und sind erst fünf Jahre alt. Rumaniens einziger Kreuzer „Elizabetha“ ist zwar fast doppelt so groß, besser geschützt und schwerer bewaffnet, aber langsamer und zehn Jahre älter, unter seinen

13 kleinen Torpedobooten, deren größtes 56 Tonnen verdrängt, sind acht neuere, deren keines mehr als 18,5 Seemeilen läuft, alle sind nur als Nachfahrzeuge gedacht, haben also gar keinen Offensivwert und arbeiten fast ausschließlich mit allen Spierentorpedos, d. h. sie haben lange Stangen — Spieren — an denen vorn ein Explosivkörper befestigt ist, mit dem das Fahrzeug gegen ein angreifendes Laufen muß. Eine etwas vorantastliche Einrichtung, die sich nur aus örtlichen Verhältnissen erklärt, aus dem Fehlen genügenden Raumes und genügender Wassertiefe für den Torpedoschuß. Die Boote sind also für die örtliche Verteidigung allein gedacht. Bulgarien hat zwar keine modern befestigten Häfen, immerhin ist es aber auch den türkischen Schiffen, die sich längere Zeit vor den Häfen aufhielten, nicht gelungen, die bulgarischen Fahrzeuge zu vernichten. Es wurde damals berichtet, sie hätten sich in die Binnengewässer zurückziehen können. Beide bulgarische Häfen Varna und Burgas, haben eine solche Lagune, die das Gefallen könnte, ohne dem Feind selbst bei primitiver Befestigung den Zugang zu erlauben. Außerdem sind die anderen neueren Fahrzeuge, über die Rumänien verfügt, lediglich Flusstanonenboote und Flussmonitore, die zu einer Verwendung über das Schwarze Meer hinweg untauglich sind, ganz abgesehen davon, daß sie auf der Donau unentbehrlich sein dürften.

Man sprach davon, daß Bulgarien durch das Fehlen größerer Erfolge gegen die türkischen Seestreitkräfte sich bereits mit dem Gedanken einer zweckmäßigen Flottenausgestaltung trage; in Rumänien hat die Absicht, die Schwarzmeer- und Donauflotte zu verstärken, schon feste Gestalt angenommen. Der Nautikus sagt dazu: „Eine Regierungsvorlage über den Ausbau der Marine ist bereits fertiggestellt. Es soll eine Küstenflotte im Schwarzen Meer geschaffen werden, die aus sechs schnelllaufenden Kreuzern von je 4000 Tonnen und zwölf Torpedobooten zu bilden ist. Die jetzt nur aus vier Monitoren und acht Weiboten bestehende Donauflotte soll um vier Donaumonitore und acht Patrouillenboote verstärkt werden. Der Personalbestand soll verdoppelt und der Hafen von Konstantza zum Flottenstützpunkt ausgebaut werden. Die Gesamtkosten dieser Flottenverstärkung werden auf 70–80 Millionen Mark veranschlagt, die durch eine auf vier Jahre verteilte Anleihe und die Veranstaltung einer Sammlung aufgebracht werden sollen. Die ersten Fahrzeuge dieses Programms, vier Zerstörer zu 1600 Tonnen, wurden schon im Frühjahr 1913 in Italien bestellt. Wie dem Balkankrieg Seemachtbestrebungen, ein Drängen nach dem Meere, teilweise schon zugrunde lagen, so hat sein Verlauf die Bedeutung der See für die Kriegsführung schlagend vor Augen geführt, so daß es nur logisch ist, wenn die Uferstaaten hieraus die Folgerungen ziehen.“

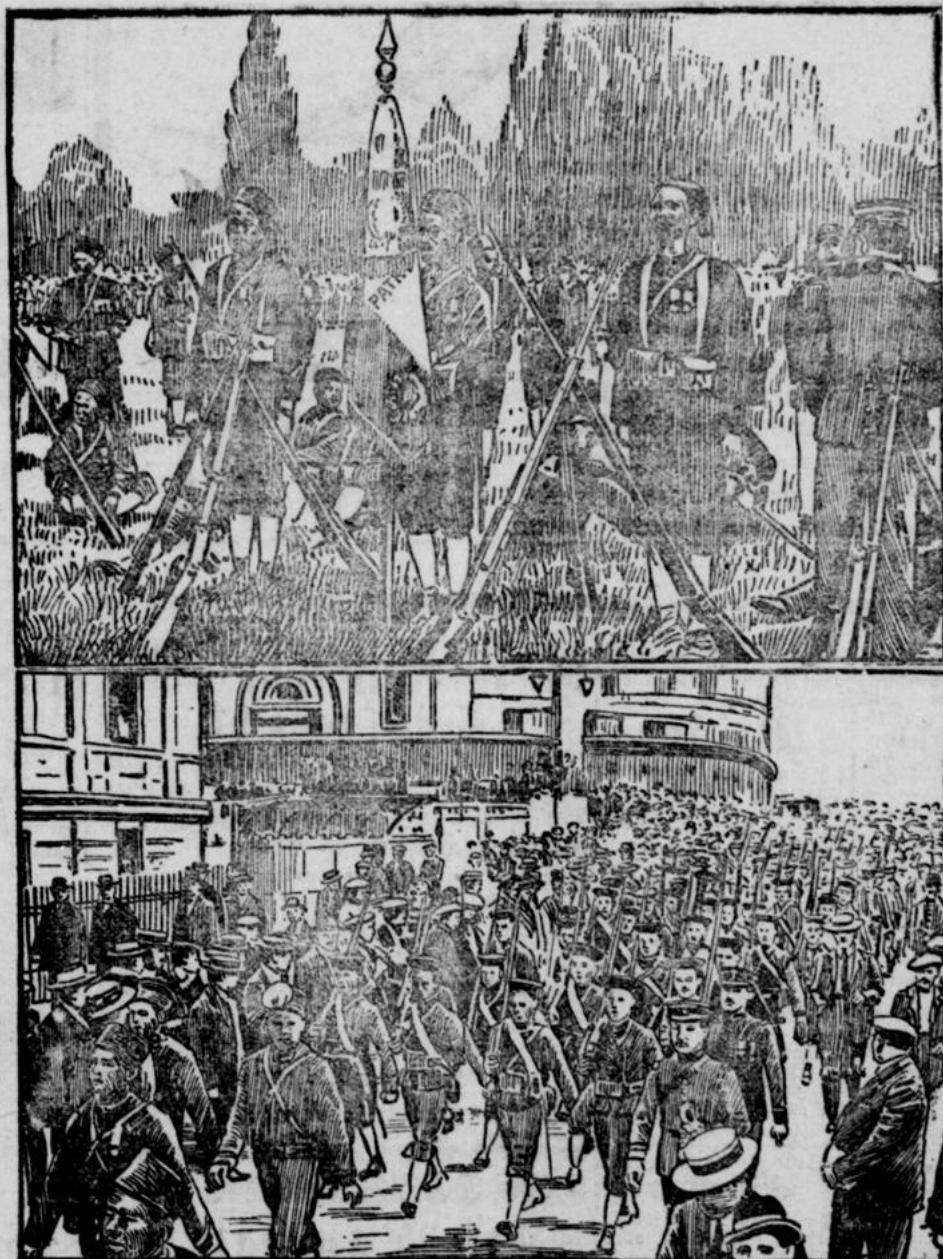
Deutschland.

Berlin, 21. Juli.

* Die Ablieferung des zweiten Marineluftschiffes, das, wie das erste, dem Zeppelin-System angehört, soll

im Laufe des Monats August erfolgen. Während der „L. 3.“ rund 23 000 Kubikmeter bei ca. 150 Meter Länge aufweist, soll das zweite „L. 3.“, das die Marine erwirbt, ca. 27 000 Kubikmeter fassen und dementsprechend größere Längenmaße zeigen. Das Schiff dürfte ungefähr eine Million kosten. Der dritte Marineluftkrieger wird nicht dem Zeppelin-System angehören, sondern soll ein Luftschiff nach dem System Schütte-Lanz werden. Die Ausmaße dieses Luftschiffes werden entsprechend groß gehalten werden. Geplant ist, im Jahre 1916 eine Luftflotte von acht Luftschiffen zur Verfügung zu haben, denen zwei Luftschiffe als Materialreserve hinzuzurechnen sind. Die Schiffe werden in zwei Luftschiffstaseln eingeteilt, von denen jede aus vier im Dienst befindlichen Schiffen und einem Luftschiff als Materialreserve bestehen soll. Während für die Armee entsprechend den besonderen Aufgaben der Heeresluftschiffe eine Verteilung auf die verschiedenen Standorte vorgesehen ist, die den Garnisonen der neuzubildenden Luftschiffkompanien entsprechen, werden sämtliche Marineluftschiffe einen gemeinsamen Standort haben, der bei Cuxhaven liegt und dessen Herstellung bereits in Angriff genommen ist. Für die acht im Dienst befindlichen Luftschiffe werden vier Doppeldeckschiffe nach dem neuesten System geschaffen, die beiden Luftschiffe der Materialreserve erhalten zwei feste Hallen. Das im übrigen der Ausbau der Marinestationen, Werkstätten, Gasanstalten und Unterfunksanlagen für die Mannschaften im größeren Umfang erfordert, ist selbstverständlich. Bemerkenswert ist, daß die Gebrauchsdauer der Luftschiffe auf vier Jahre angenommen wird, so daß der „L. 3.“ bereits im Jahre 1916 durch ein neues Luftschiff in der Front ersetzt werden müßte.

* Trinkwasserbereiter für die Herbstmanöver. Der Frage der fahrbaren Trinkwasserbereiter für die Truppen zum Feldgebrauch ist seit langem von der Heeresverwaltung besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die Angelegenheit dürfte der Tragweite, die sie für die Truppen im wesentlichen als gelöst betrachtet werden können. Während der letzten Kaisermanöver ist ein vervollkommneter Trinkwasserbereiter erprobt worden, der sich hervorragend bewährt hat, und das gefundene Modell für den Feldgebrauch darstellen dürfte, da er die bisherigen Mängel nicht aufweist und eine schnelle Zubereitung des Trinkwassers für die Truppen ermöglicht, denen das Getränk durchaus behagte und bekam. Außer dem fahrbaren Trinkwasserbereiter ist ferner auch ein tragbarer in Gebrauch genommen worden, der für kleine Truppenabteilungen in Betracht kommt. Auch dieses Modell hat sich nach den vorliegenden Berichten durchaus bewährt, so daß einer allgemeinen Einführung der Apparate nichts im Wege steht. Im nächsten Heeresetat dürfen weitere Mittel für die Beschaffung von Trinkwasserbereitern angefordert werden. Wenn eine wirkliche Abtötung aller im Wasser etwa vorhandenen Krankheitskeime auch durch Abkochen erreicht werden kann, so muß doch Gewicht darauf gelegt werden, daß das Wasser nach dem Abkochen schnell wieder kühl und schmackhaft gemacht wird.



Oben: Die Fahne der senegalesischen Schützen. Unten: Ankunft anamitischer Schützen in Paris.

Kolonialtruppen bei der großen Parade in Longchamps bei Paris.

Die Feier des französischen Nationalfestes wurde in diesem Jahre mit außerordentlichem Gepränge begangen. 20 000 Mann nahmen an der großen Truppenrevue in Longchamps teil, und darunter zum ersten Male die farbigen Truppen der Republik, die Fahnen empfangen; Präsident Poincaré richtete an die Chefs der Kolonialregimente hochgestimmte patriotische Ansprachen. Rund eine Million Zuschauer waren bei der Parade zugegen, und Vorbeimärsche der Senegalesen, der

Uankinen und gemischten marokkanischen Regimenter bildeten natürlich die Sensation des großen Tages. Ebenfalls die Anamitischen Schützen nahmen in diesem Jahre zum ersten Male an der Parade teil. Unser Bild zeigt sie nach ihrer Ankunft auf dem Yvonne Bahnhof in Paris auf dem Marsch nach ihrem Quartier. Aus St. Cloud waren sieben Aeroplane und drei Lenkbalken aufgestiegen, die den Bewegungen der Truppen folgten.

Sport.

*) Herr A. Daniel ist nach Jhr. von Oppenheim, über dessen Gewinnsumme wir in der Mittwoch-Kummer berichteten, der zweiterfolgreichste Rennstallbesitzer der ersten Saisonhälfte 1913. Unter seinen Pferden befindet sich der Deutsche Derbyflieger „Turmfalke“, der seinem Besitzer allein 114 310 Mk. zusammenbrachte. Insgesamt verdiente der Stall bisher schon 205 040 Mk., eine hübsche Summe, wenn sie auch hinter der Oppenheimer um 1/4 Million zurückbleibt. Herr Daniel, dessen Farben auf unserm Turf im Vorjahr mehrfach vertreten waren, gab ebenfalls für die Sommer-Rennen wieder Rennungen ab, so daß leicht möglicher Weise die beiden gewinnreichsten deutschen Nachrennhallen an unserm großen Sommer-Meeting vertreten sein werden.

Rheinland-Westfalen.

* Düsseldorf, 18. Juli. Einen Einbruch in das auf der Bergerstraße befindliche Herrenkonfektionsgeschäft der Firma Garbisch und Cie. verübten während der Nacht vom 17. zum 18. Mai die schon erheblich vorbestraften Arbeiter Andreas Grabowski und Joseph Schröder, zwei neunjährige Burschen. Vom Nachbargelände aus kletterten sie über eine Mauer, dann in ein Klosett hinein, dessen Tür sie erbrachen, um in das Geschäftsgebäude zu gelangen. Die Spitzbuben öffneten dann mehrere Kasse und die Kasse, ohne jedoch bares Geld vorzufinden. Dagegen nahmen sie Kleidungsstücke im Wert von annähernd tausend Mark mit, die jedoch nach ihrer kurz darauf erfolgten Festnahme der bestohlenen Firma größtenteils zurückerstattet werden konnten. An der Stelle ihrer verbrochenen Tätigkeit ließen die jugendlichen Diebe einen Zettel des Inhalts zurück: „Geld und Anzüge dankend erhalten. Güter Euch, die Polizei in Anspruch zu nehmen. Verbrecherbande Nachschafften.“ Beide waren heute vor der Strafkammer geständig; das Urteil lautete im straffschärfenden Rückfalle auf je zwei Jahre Gefängnis.

Vermischtes.

* Ballmerod, 18. Juli. Eine schöne Erbschaft hat Ballmerod kürzlich gemacht, indem das Testament des kürzlich in New York verstorbenen Millionärs Karl Hutter dieser Gemeinde ein Vermächtnis von 40 000 Mark anwies. Seit her hatte diese Gemeinde, welche der Geburtsort des Gebers ist, diesem schon manche Wohltat zu verdanken. Der verstorbene Karl Hutter, welcher etwa sechzig Jahre alt geworden ist, ging als hiebzehnjähriger junger Mann mittellos nach Amerika. Gar oft erzählte er seinen Bekannten, wie es ihm anfangs recht schlecht ergangen sei, wie er sich durch die niedrigsten Arbeiten ernähren mußte. Bald aber kam ein Geschäftszweig auf, der ihm zum Glück verhelfen sollte, nämlich das Flaschenbiergeschäft, worauf er sich mit der dem jungen Manne eigenen Energie warf. Anfangs mit einem Hundesfuhrwerk arbeitend, brachte er es bald zu einem Pferd und er erwarb sich durch seinen Fleiß und seine Sparsamkeit einen guten Kredit. Da lernte Hutter eines Tages einen älteren Mann kennen, welcher eine Erfindung gemacht hatte, wie man die Bierflaschen ohne Korkstopfen verschließen konnte, nämlich mit den heute noch gebräuchlichen Porzellankorkstopfen. Hutter hatte sofort erkannt, daß dieser Verschluß eine Zukunft habe und er erwarb für etwa 1000 Dollar dieses Patent, welches dann in der ganzen Welt verwertet wurde und seinem Besitzer ein Millionenvermögen einbrachte. Später erwarb Hutter dann noch zwei große Brauereien in Amerika dazu. Die Porzellankorkstopfen wurden in Deutschland, in Mülhausen in Thüringen, angefertigt. Eine große Anhänglichkeit verband den jetzt verstorbenen Millionär mit seiner Heimat. Seit etwa 30 Jahren, wohl so lange, als er im Wohlstand lebte, kam er alljährlich im Juli nach seinem Heimatort Ballmerod in das bekannte Hutterische Gasthaus, wo er seinem alten Vater, seinen Geschwistern und manchem Bekannten viel Freude machte durch seine Gesittetheit. Anfangs des 1890er Jahre ließ er, um der Wohnungsnot in Ballmerod zu steuern, daselbst zwei stattliche Villen erbauen und vermietete dieselben zu einem sehr billigen Preise an die dortigen Beamten. Hutter war, wie alle Leute, die es durch Fleiß zum Wohlstand gebracht haben, ein Freund der Arbeit und liebt und förderte strebende junge Menschen in ihrem Fortkommen, während er Faulenzer und Verschwendern kaltblütig die Türe weisen konnte. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht leben, das war sein Prinzip. Der Verstorbenen stand auf dem Standpunkte, daß der Hauptteil seines Vermögens — er blieb Junggeselle — da bleiben sollte, wo er es erworben habe, nämlich in Amerika. Aber seine Verwandten in Deutschland erbten doch noch weit über eine Million Mark.

* Die Katakomben von Ballenburg (Holland). Die Katakomben sind vom wissenschaftlichen, künstlerischen und religiösen Standpunkte aus von großer Bedeutung. Sie gewähren einen Einblick in vergangene Jahrhunderte und bieten dem Sehenswerten vieles, das für ihn von größtem Interesse ist. Und mit Recht sieht man in ihren Malereien und Grabinschriften eine Äußerung des Glaubens und Glaubenslebens der damaligen Zeiten.

Die Ballenburger Katakomben sind eine Nachahmung der Katakomben in Rom. Dieselbe ist in jeder Hinsicht und bis in die feinsten Einzelheiten hinein wahrheitsgetreu ausgeführt. Die wichtigsten Teile von vierzehn Katakomben hat man hier zusammengelegt.

Die Ausführung dieses Werkes ist zustande gekommen unter Aufsicht einer Kommission von Archäologen, die als Vorsitzenden den bekannten Architekten Dr. Cuypers hat. Die Arbeit wurde fortwährend unterstützt durch die tatkräftige Mitwirkung der Kommission für Christliche Archäologie in Rom. Diese Kommission, der die Sorge für die

... ..